

Sonderdruck aus



**Zeitschrift
für Sozialpsychologie**

Verlag Hans Huber Bern Stuttgart Wien 1982

Der eindimensionale Wähler

GERD GIGERENZER

Institut für Psychologie der Ludwig-Maximilians-Universität München

Die Parteienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten Jahren durch Parteien, welche den Umweltschutzgedanken betonen, eine neue Färbung erhalten. Unsere Studie stellt die Frage, ob diese Veränderung der politischen Struktur mit einer Veränderung der kognitiven Struktur des Wählers einhergeht, d.h., ob der Wähler *akkommodiert*, indem er das alte eindimensionale Links-Rechts-Schema als Reaktion auf die neuen Parteien verändert, oder ob er *assimiliert*, also die neuen Parteien in das alte Schema preßt. Der Test dreier Theorien zeigt, daß die untersuchte Wählergruppe (n = 150, mit einem Anteil von 37% Grüne Liste-Wähler) assimiliert und nicht akkommodiert. Wenn auch kein Konsensus über die Lokalisation der neuen Parteien auf der Links-Rechts-Konfliktachse besteht (damit scheidet die Unfolding-Theorie), so erklärt das *individuelle Links-Rechts-Schema* die Parteipräferenzen dennoch bestens. Darüber hinaus läßt sich auch die Umweltschutz-Konfliktachse auf dieses individuelle Links-Rechts-Schema reduzieren.

In recent years, the political scene in the Federal Republic of Germany has become more colorful by the emergence of parties emphasizing ecological issues. The present study is devoted to the question whether that change in political structure is accompanied by a change in the voters' cognitive structure, i.e., whether voters *accommodate* (in the Piagetian sense) by altering their accustomed left-right one-dimensional scheme, or *assimilate*, pressing novel parties into the old scheme. Testing three theories shows assimilation, not accommodation in a selected group of voters (n = 150, 37% voting for «green» parties). Although inter-individual consensus is lacking when the novel parties are localized on the «left-right» axis (thus rejecting unfolding theory), *individual «left-right» schemes* explain voters' preferences of the parties nearly perfectly. Furthermore, an «ecological» dimension can be reduced to the individual «left-right» schemes.

1. Einführung

Die Bindung an politische Parteien läßt sich historisch auf gesellschaftliche *Konfliktachsen* (lines of cleavage, vgl. LIPSET & ROKKAN, 1967) zurückführen. Die Spuren zumindest zweier dieser historischen Spaltungslinien lassen sich bis in das deutsche Parteiensystem der Nachkriegszeit hinein verfolgen (LINZ, 1967). Die erste besteht in der *sozioökonomischen Konfliktachse*, welche Streitfragen der Wirtschafts- und Sozialordnung berührt und welche z.B. die FDP als traditionelle Partei der Selbständigen von der SPD als traditionelle Partei der Arbeiterschaft trennt. Die zweite besteht in der *religiösen Konfliktachse*, welche z.B. die FDP in Gegensatz zur CDU/CSU stellt. Heute allerdings hat es den Anschein, daß der «mündige Wähler» das Verständnis dessen, was den Unterschied zwischen politischen Parteien ausmacht, im wesentlichen auf ein einziges eindimensionales Schema, nämlich auf die *Links-*

Rechts-Konfliktachse gründet. Eine solche Prägung und Reduzierung auf ein eindimensionales politisches Weltbild wird nicht nur aus der Bundesrepublik Deutschland, sondern zugleich aus Frankreich, Italien und anderen Ländern berichtet (NORPOTH, 1979; STECK, 1980).

In den letzten Jahren nun wurde mit der heftig einsetzenden ökologischen Diskussion, mit der Gründung der Grünen Listen bis hin zu den überraschenden Wahlerfolgen der «Grünen» in den Landtagswahlen von Bremen und Baden-Württemberg, eine neue und zugleich brisante politische Spaltungslinie, die *Umweltschutz-Konfliktachse*, offenbar.

Die vorliegende Studie behandelt die Frage, welche Konfliktachsen zur Zeit die *Parteipräferenzen*, d.h. die *Wahlentscheidung*, erklären. Urteilt der Wähler nur eindimensional, wie oft angenommen, oder gründet er seine Parteipräferenzen auf ein differenzierteres Ordnungsschema mit mehreren Konfliktachsen? Wo liegen wesentliche individuelle oder wählergrup-

pen-spezifische Unterschiede? Wie wird die neue Umweltschutz-Konfliktachse kognitiv verarbeitet?

2. Theorie

Wir unterscheiden zunächst drei theoretische Konzepte: die *Präferenzordnung* der Parteien für einen Wähler, die *Konfliktachsen* und die *Präferenzfunktion*, welche den Zusammenhang zwischen einer Konfliktachse und einer Präferenzordnung angibt. In Abbildung 1 sind zwei Arten von Präferenzfunktionen veranschaulicht. Man spricht von einer *monotonen Präferenzfunktion*, wenn ein Wähler seine Präferenzordnung nach dem «je-extremer-desto-besser»-Denkmuster bildet. Am Beispiel der Links-Rechts-Konfliktachse in Abbildung 1 heißt dies: je extremer eine Partei links (bzw. rechts) steht, desto höher die Präferenz. *Unimodale Präferenzfunktionen* (UPF) beschreiben dagegen folgendes Wahlverhalten: Der Wähler kennt einen Punkt auf der Konfliktachse, ab dem ein Zuviel an «politisch links» (bzw. «politisch rechts») mehr Schaden als Nutzen verspricht. Dieser Punkt heißt *Idealpunkt* und liegt in Abbildung 1 nahe der FDP. Hier ist die Präferenz maximal und fällt nach beiden Seiten monoton ab.

Dieselbe Unterscheidung kann auf jede andere Konfliktachse verallgemeinert werden, beispielsweise auf die Umweltschutz-Konfliktachse. So kann ein Wähler, für den der Umwelt-

schutzgedanke von vorrangiger Bedeutung ist, seine Präferenzen so bilden, als würde er sagen: Je extremer die Ausrichtung auf Umweltschutz, desto besser die Partei. Andererseits mag derselbe Wähler auf der Umweltschutz-Konfliktachse einen Punkt kennen, ab dem eine zu extreme Ausrichtung auf Umweltschutz mehr Schaden als Nutzen bringt. Seine Präferenzen folgen dann nicht mehr dem Motto «je-extremer-desto-besser», sondern einem Konflikt zwischen positivem und negativem Nutzen, einem Annäherungs-Vermeidungs-Konflikt¹. Wir bezeichnen ersteren kurz als *Extrem-Wähler*, letzteren als *Konflikt-Wähler*.

Bei monotonen Präferenzfunktionen ist die Präferenzordnung der Parteien identisch mit der Anordnung der Parteien auf der relevanten Konfliktachse. Bei UPF erhält man die Präferenzordnungen durch «Faltung» der Konfliktachse im Idealpunkt (COOMBS, 1964). Die UPF können als das allgemeinere Modell betrachtet werden, sie «enthalten» monotone Präferenzfunktionen als Grenzfall: Liegt der Idealpunkt hinreichend weit links (rechts) auf der Konfliktachse, so werden UPF von monotonen Präferenzfunktionen ununterscheidbar.

Um zu einer empirisch prüfbaren Theorie des Wahlverhaltens zu gelangen, ist es notwendig, die Frage nach der *Art der Präferenzfunk-*

¹ Die Idee, Annäherungs-Vermeidungskonflikte durch unimodale Funktionen darzustellen, geht auf COOMBS & AVRUNIN (1977a, b) zurück und ist bei GIGERENZER (1981, pp. 394–403) ausgeführt.

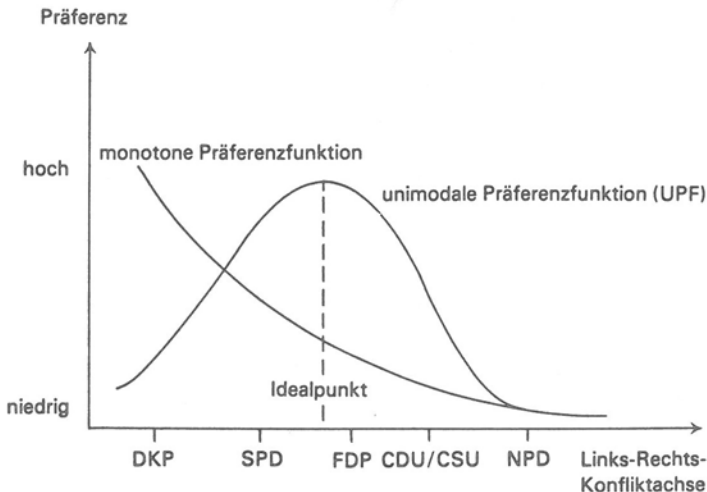


Abb. 1: Veranschaulichung zweier Arten von Präferenzfunktionen: monotone und unimodale Präferenzfunktionen.

tion von der Frage nach der oder den (für die Parteipräferenzen) *relevanten Konfliktachsen* zu trennen. Entscheidend ist, daß die Antwort auf die eine Frage empirisch nur gegeben werden kann, wenn die Antwort auf die jeweils andere a priori festgelegt wird: Die Frage nach der oder den relevanten Konfliktachsen, welche die Präferenzordnung erklären, kann nur *relativ* zu einer festgelegten Präferenzfunktion beantwortet werden. Umgekehrt kann über eine Präferenzfunktion nur *relativ* zu einer bestimmten Konfliktachse entschieden werden. Dies ist Ausdruck eines allgemeinen methodischen *Relativitätsprinzips* in der kognitiven Psychologie, welches ich an anderer Stelle (GIGERENZER, 1981, p. 281, 396f., 412–415) dargestellt habe. Beide Fragen sind also nicht unabhängig voneinander beantwortbar; infolgedessen muß eine empirisch prüfbare Theorie des Wahlverhaltens zugleich Aussagen über die relevante(n) Konfliktachse(n) und über die Präferenzfunktion treffen.

Gemäß diesem Grundsatz formuliere ich zunächst drei prüfbare differentialpsychologische Theorien des Wahlverhaltens, welche alle ein hohes Ausmaß an Konformität zwischen den Wählern postulieren. Die Parteipräferenzen werden allein durch eine einzige Konfliktachse, die Links-Rechts-Konfliktachse, erklärt. Diese drei Theorien lassen sich hinsichtlich ihrer Einfachheit ordnen: Je einfacher die differentialpsychologische Theorie, desto größer das Ausmaß an Konformität im Wahlverhalten.

Die einfachste der drei Theorien basiert auf der formalen Struktur des eindimensionalen Entfaltungsmodells von COOMBS (1950, 1964). Sie postuliert *gleiche Wahrnehmung* der Parteien durch alle Wähler bei *unterschiedlicher Bewertung*. Diese Theorie, welche wir kurz als *«Allgemeine Links-Rechts-Eindimensionalität»* bezeichnen, trifft folgende Aussagen über die Gemeinsamkeiten und über die individuellen Unterschiede der Wähler:

Theorie der Allgemeinen Links-Rechts-Eindimensionalität

I. *Postulate über Gemeinsamkeiten der Wähler:*

Postulat 1: Für alle Wähler existiert eine subjektive Präferenzordnung der Parteien (I-Skala).

Postulat 2: Die wahrgenommene Rangfolge der Parteien auf der Links-Rechts-Konfliktachse ist für alle Wähler gleich.

Postulat 3: Die Wähler bilden ihre Präferenzordnung aus ein und demselben Merkmal, nämlich der Links-Rechts-Konfliktachse (J-Skala).

Postulat 4: Die Entstehung der Präferenzen aus der Links-Rechts-Konfliktachse folgt einer UPF.

II. *Postulat über individuelle Unterschiede:*

Postulat 5: Individuelle Unterschiede in den Präferenzordnungen, d.h. in der Bewertung der Parteien, lassen sich allein durch unterschiedliche Idealpunkte der Wähler auf der Links-Rechts-Konfliktachse erklären.

Die vier Postulate über Gemeinsamkeiten der Wähler sind testbar. Das Postulat über die individuellen Unterschiede ist nicht unabhängig von den anderen Postulaten, es ist stets erfüllt, wenn erstere gelten und enthält damit keine weiteren testbaren Aussagen. Diese Theorie postuliert ein *extrem hohes Ausmaß an Konformität* zwischen den Wählern, eine Konformität, die dem einzelnen Wähler zwar die Primärwahl, also die beliebteste Partei offenläßt, nicht aber Art und Anzahl der Konfliktachsen, die seine Präferenzen steuern, nicht die wahrgenommene Position der Parteien auf der Links-Rechts-Konfliktachse und nicht Präferenzfunktionen, die keine UPF sind.

Die beiden folgenden Theorien behaupten ebenfalls, daß die Links-Rechts-Konfliktachse die einzige relevante Konfliktachse für die Parteipräferenzen sei und, daß letztere aus ersterer durch UPF hergeleitet werden können. Die Linie der Verallgemeinerung betrifft ausschließlich Postulat 2, wo nun zunächst wählergruppenspezifische, dann auch individuelle Unterschiede zugelassen werden.

Theorie der Wählergruppen-spezifischen Links-Rechts-Eindimensionalität

I. *Postulate über Gemeinsamkeiten der Wähler:*

Postulat 1: Für alle Wähler existiert eine subjektive Präferenzordnung der Parteien.

Postulat 2: Die wahrgenommene Rangfolge der Parteien auf der Links-Rechts-Konfliktachse ist innerhalb jeder Wählergruppe gleich.

Postulat 3: Die Wähler bilden ihre Präferenzordnung aus ein und demselben Merkmal, nämlich der jeweils wählergruppenspezifischen Links-Rechts-Konfliktachse.

Postulat 4: Die Entstehung der Präferenzen aus der Links-Rechts-Konfliktachse folgt einer UPF.

II. Postulat über individuelle Unterschiede:

Postulat 5: Individuelle Unterschiede in den Präferenzordnungen lassen sich allein durch unterschiedliche Idealpunkte auf den jeweils wählergruppen-spezifischen Links-Rechts-Konfliktachsen erklären.

Diese Theorie erlaubt beispielsweise, daß die Gruppe der SPD-Wähler die Grüne Liste politisch rechts von der eigenen Partei, der SPD, wahrnimmt, während die Gruppe der CDU/CSU-Wähler die Grüne Liste politisch links von der SPD lokalisiert. Allein innerhalb der Wählergruppen wird ein Konsensus angenommen.

Eine weitere Verallgemeinerung des Postulats 2 ergibt sich, indem wir schließlich *individuelle Unterschiede*, also *idiosynkratische Auffassungen* darüber annehmen, welche Partei nun rechts oder links steht. Diese inhaltliche Verallgemeinerung steht nicht mehr mit der formalen Struktur des eindimensionalen Entfaltungsmodells von COOMBS im Einklang, des weiteren mit keiner der heute bekannten mehrdimensionalen Verallgemeinerungen zur Berücksichtigung individueller Unterschiede (vgl. GIGERENZER, 1981). Sie postuliert zwei Quellen für individuelle Unterschiede: verschiedene Idealpunkte und verschiedene Rangfolgen der Parteien auf der Links-Rechts-Konfliktachse (die Postulate sind neu angeordnet):

Theorie der Idiosynkratischen Links-Rechts-Eindimensionalität

I. Postulate über Gemeinsamkeiten der Wähler:

Postulat 1: Für alle Wähler existiert eine subjektive Präferenzordnung der Parteien.

Postulat 2: Die Wähler bilden ihre Präferenzordnung aus ein und demselben Merkmal, nämlich der Links-Rechts-Konfliktachse.

Postulat 3: Die Entstehung der Präferenzen aus der Links-Rechts-Konfliktachse folgt einer UPF.

II. Postulate über individuelle Unterschiede:

Postulat 4: Die wahrgenommene Rangfolge der Parteien auf der Links-Rechts-Konfliktachse variiert zwischen den Wählern.

Postulat 5: Individuelle Unterschiede in der Bewertung der Parteien entstehen weiterhin durch unterschiedliche Idealpunkte auf der Links-Rechts-Konfliktachse.

3. Fragestellung

Die bisherigen Studien über Parteipräferenzen in der Bundesrepublik Deutschland beschränken sich fast ausschließlich auf das traditionelle Fünf-Parteien-System mit CDU/CSU, DKP, FDP, NPD und SPD (z. B. HOLTSMANN, 1975; NORPOTH, 1979). Die vorliegende Untersuchung befaßt sich neben den traditionellen fünf Parteien insbesondere mit der *kognitiven Verarbeitung neu hinzukommender Parteien*. Dazu werden wir obige Theorien zunächst für das traditionelle Fünf-Parteien-System, dann für eine erweiterte Parteienlandschaft testen, welche die acht Parteien GL (Grüne Liste), EAP (Europäische Arbeiterpartei), CDU, CSU, DKP, FDP, NPD und SPD umfaßt. Der springende Punkt dieser Erweiterung liegt in der Einbeziehung der in den letzten Jahren heftig einsetzenden ökologischen Diskussion zum einen durch die GL, welche sich explizit für den Umweltschutzgedanken einsetzt, zum andern auch durch die EAP, welche sich im Wahlkampf explizit gegen die «Grünen» und damit gegen die Betonung des Umweltschutzgedankens verwendet. Darüber hinaus wurde zwischen CDU und CSU unterschieden, eine Trennung, welche – dies soll vorweggenommen werden – nur geringfügige Effekte zeigte.

Die Frage ist nun, ob die *äußere* Veränderung der Parteienlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland, d. h. der Unterschied zwi-

schen den fünf und den acht Parteien, mit einer entsprechenden *inneren*, d. h. kognitiven Veränderung einhergeht, oder ob, einfach gesagt, alles beim Alten bleibt. Im Sinne der Unterscheidung zwischen Assimilation und Akkommodation nach PIAGET ist zu fragen, ob der Wähler *assimiliert*, d. h. die neuen Parteien in ein altes Schema preßt, oder *akkommodiert*, d. h. das alte Schema im Hinblick auf die neuen Parteien verändert. Im letzteren Fall wäre zu erwarten, daß die Parteipräferenzen für die acht Parteien nicht mehr alleine durch die Links-Rechts-Konfliktachse erklärt werden können, da z. B. die Umweltschutz-Konfliktachse wesentlichen Einfluß auf die Parteipräferenzen hat. Alle drei Theorien des eindimensionalen Wahlverhaltens müßten dann scheitern.

Ein entscheidender Punkt besteht nun darin, welche Wählerpopulation untersucht wird. Von nur geringem Interesse scheint mir in bezug auf unsere Fragestellung eine Wählerpopulation, welche an der ökologischen Diskussion relativ uninteressiert ist, da dort von vornher ein lediglich Assimilation zu erwarten ist. Daher haben wir eine Wählerpopulation bestimmt, für die die ökologische Diskussion politisch sehr interessant ist, nämlich Studenten im Hauptfach Psychologie der Universität München (1. und 3. Fachsemester), deren Anteil an Grüne Liste-Wählern zum Zeitpunkt der Untersuchung 37% (!) betrug.

4. Durchführung der Untersuchung

150 wahlberechtigte Studenten erhielten einen zweiseitigen Testbogen. Die Befragung wurde anonym durchgeführt, lediglich Geschlecht, Alter und Häufigkeit politischer Information wurden festgestellt. Auf Seite 1 waren alle 28 möglichen Paare aus 8 Parteien angegeben und der Wähler wurde instruiert, für jedes Paar von Parteien zu entscheiden, welche der beiden Parteien er bevorzugen würde. Für Wähler, welche unterschiedliche Strategien bei Landtags- und Bundestagswahlen verfolgen, wurden erstere als Kriterium angegeben. Auf Seite 2 wurde ein zweiter vollständiger Paarvergleich durchgeführt, in dem die Anordnung der Parteien gegenüber Seite 1 vertauscht war, also z. B. anstelle von EAP–CSU der Vergleich CSU–EAP gefordert wurde. Die Reihenfolge der 28 Paare war in beiden Paarvergleichen verschieden und wurde jeweils durch Zufall bestimmt. Mittels dieser beiden vollständigen Paarvergleiche konnte sowohl die Existenz subjektiver Präferenzordnungen (Postulat 1 in allen drei Theorien) als auch deren Stabilität geprüft werden.

Auf Seite 2 des Testbogens wurde eine Rangordnung der Parteien hinsichtlich vierer Konfliktachsen verlangt, nämlich «Links-Rechts», «primäre Zielsetzung: Umweltschutz», «primäre Zielsetzung: Wirtschaftswachstum» und «Radikalität». Die Einschätzungen auf der Links-Rechts-Konfliktachse ermöglichen den direkten Test der weiteren Postulate aller drei Theorien. Die Einschätzungen auf der Umweltschutz-Konfliktachse sowie den letztgenannten beiden Konfliktachsen ermöglichen Aussagen über die Relevanz anderer Konfliktachsen für die Parteipräferenzen. Diese gewinnen Bedeutung im Falle des Scheiterns der eindimensionalen Theorien. Im Falle deren Beibehaltung stellt sich hingegen eine andere wesentliche Frage, nämlich, ob und wie die Umweltschutz-Konfliktachse in das eindimensionale Links-Rechts-Schema assimiliert wird.

5. Ergebnisse: Prüfung der Theorie der Allgemeinen Links-Rechts-Eindimensionalität

5.1. Prüfung von Postulat 1.

In Postulat 1 wird behauptet, daß für alle Wähler subjektive Präferenzordnungen existieren, in denen die traditionellen fünf Parteien bzw. auch die neuen Parteien ihren festen Rangplatz haben. Die Existenz subjektiver Präferenzordnungen wird selten untersucht, meist durch direkte Skalierungsmethoden (wie Einschätzskalen) erzwungen. Der einzige Fall, in dem die Existenz subjektiver Präferenzordnungen für Parteien der Bundesrepublik Deutschland getestet wurde, ist m. W. die 1969er Studie von NORPOTH (1979). Hier wurde für die traditionellen fünf Parteien überprüft, inwiefern die Wahlen transitiv sind: «Es stellte sich heraus, daß überraschend wenige Befragte (etwa 3%) intransitive Präferenzentscheidungen trafen . . .» (ebd., p. 355).

Die Gesetzmäßigkeiten «Vollständigkeit» und «Transitivität» sind die zu testenden Bedingungen für die Existenz subjektiver Präferenzordnungen. Als eine weitere, allgemeine Voraussetzung für die Stabilität subjektiver Präferenzordnungen wird die «Asymmetrie» der Präferenzen geprüft.

Zur Definition der zu prüfenden Gesetzmäßigkeiten verwenden wir folgende Terminologie: Die Relation $C(p, a, b)$ besage, daß der Wähler p die Partei a gegenüber der Partei b vorzieht. Dann lassen sich diese Gesetzmäßigkeiten (Axiome) für alle $a, b, c \in A$ (mit A als

der Menge der Parteien) und $p \in P$ (mit P als Menge der Wähler) wie folgt definieren:

Vollständigkeit: $C(p, a, b)$ oder $C(p, b, a)$

Transitivität: wenn $C(p, a, b)$ und $C(p, b, c)$, dann $C(p, a, c)$

Asymmetrie: wenn $C(p, a, b)$, dann nicht $C(p, b, a)$

Gleichzeitig werden wir zwei Hypothesen über systematische Intransitivitäten prüfen:

1. *Parteienbezogene Intransitivitäten:* Das Auftauchen neuer Parteien sowie die Aufsplitterung von CDU und CSU führt zu bedeutsamen Intransitivitäten in Parteientripeln, in denen EAP, GL, CDU bzw. CSU enthalten sind.

Beispielsweise erwarten wir, daß die EAP bei einem Großteil der Wähler keinen festen subjektiven Platz in deren Präferenzordnung hat.

2. *Positionsbezogene Intransitivitäten (Kostenminimierungs-Hypothese, vgl. HUBER, 1977, 1979):* Will ein Wähler die «Kosten», die ihm in Form von Denkarbeit bei Präferenzen entstehen, minimieren, so braucht er Transitivität nur für die erstplazierten Parteien herzustellen, da alle anderen Alternativen für eine Entscheidung (an der Wahlurne) belanglos sind.

Dieselben Hypothesen parteienbezogener und positionsbezogener Verletzungen werden im Hinblick auf die Gesetzmäßigkeit «Asymmetrie» geprüft.

Vollständigkeit

Die Prüfung des Vollständigkeitsaxioms führte zur Ausschließung eines Wählers, welcher die Bevorzugung nur für die von ihm präferierten Parteien angab, sich jedoch nicht zwischen den Parteien entschied, welche zu den für ihn nicht wählbaren Parteien gehörten. Ob für diesen Wähler «hinter» den wählbaren Parteien noch eine subjektive Präferenzordnung der restlichen Parteien existiert, bleibt ungeklärt, da die Transitivität hier nicht prüfbar ist. Entsprechend reduziert sich auch für die Prüfung aller weiteren Hypothesen die Anzahl der untersuchten Wähler auf 149. Drei weitere Wähler hatten nur einen vollständigen Paarvergleich durchgeführt, nicht aber den zweiten.

Tab. 1: Verteilung der Intransitivitäten auf (a) die 295 Dominanzmatrizen und (b) die 149 Wähler.

(a) Intransitivitäten pro Dominanzmatrix	Häufigkeit	(b) Intransitivitäten pro Wähler	Häufigkeit
0	275	0	133
1	16	1	10
2	1	2	4
3	2	3	1
4	1	7	1
Summe:	295	Summe:	149

Transitivität

Das Axiom der Transitivität wurde in allen vorliegenden 295 vollständigen Paarvergleichen (Dominanzmatrizen) geprüft. Die Zahl 295 ergibt sich aus 149 Wählern \times 2 (Wiederholungen pro Wähler) – 3 (nicht durchgeführte Wiederholungen des Paarvergleichs) = 295. Die Anzahl der maximal möglichen intransitiven Tripel beträgt bei 8 Parteien pro Dominanzmatrix 20 (KENDALL, 1948). Dies führt zu insgesamt 5900 möglichen Verletzungen der Transitivität, davon traten nur 28 (!), d. h. weniger als 0,5% auf. Die Verteilung dieser geringen Anzahl von Intransitivitäten zeigt Tabelle 1.

Eine Prüfung der Nullhypothese, welche besagt, daß die beobachtete Verhaltensstichprobe (Dominanzmatrix) einer Population entnommen ist, in der transitive Triaden nur durch Zufall zustandekommen, führt bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit $\alpha = 0.05$ bei keiner der 295 Dominanzmatrizen zu einer Beibehaltung der Nullhypothese.

Keine der beiden Hypothesen über systematische Intransitivitäten kann bestätigt werden. Im Einklang mit der Hypothese parteienspezifischer Intransitivitäten sind zwar die CSU, GL und EAP in der angegebenen Rangfolge am häufigsten in intransitive Wahlen verwickelt (nicht aber die CDU); ein inferenzstatistischer Test (hier und im folgenden $\alpha = 0.05$) gegen eine Gleichverteilung ergibt jedoch keine bedeutsame Abweichung. Erstaunlich an diesem Ergebnis ist, daß eine Partei wie die EAP, über deren Ziele die Mehrheit unserer Wähler – wie noch deutlich werden wird – nur ungenügend informiert war, ja, deren Namen einige unserer

Wähler zum ersten Male zu hören glaubten, dennoch selbst bei letzteren Wählern sofort einen *stabilen Rangplatz* in der subjektiven Parteihierarchie erhielt.

Positionsspezifische Intransitivitäten im Sinne der Kostenminimierungshypothese lassen sich ebenfalls nicht sichern. Intransitivitäten treten keineswegs vornehmlich am Ende der subjektiven Parteihierarchie auf, sondern gerade dort am seltensten. Mit nur zwei Ausnahmen gibt es immer ein klares politisches Feindbild, eine am wenigsten wählbare Partei – in 77% aller Fälle die NPD. Häufiger treten Intransitivitäten an der Spitze der Präferenzordnung auf, am häufigsten jedoch im mittleren Bereich.

Die Existenz subjektiver Präferenzordnungen zeigt sich damit sowohl für das traditionelle Fünf-Parteien-System als auch für die «neuen Parteien» als bestätigt. Im folgenden prüfen wir zusätzlich die Stabilität dieser Präferenzordnungen.

Asymmetrie

Eine Verletzung der Asymmetrie der Präferenzrelation liegt z. B. dann vor, wenn ein Wähler im ersten vollständigen Paarvergleich die SPD der GL vorzieht, im zweiten vollständigen Paarvergleich jedoch die GL der SPD vorzieht. Zunächst sind Verletzungen der Asymmetrie bei jenen Wählern zu erwarten, welche intransitiv urteilen. Sie sind Folgeerscheinungen von Intransitivitäten, es sei denn letztere sind über beide Paarvergleiche hinweg stabil. Die Prüfung der Asymmetrie bringt ein unerwartetes Ergebnis: Die Anzahl von Verletzungen der Asymmetrie, welche *ohne* Verletzung der Transitivität auftreten, ist überraschend hoch (Tab. 2): Von den 146 Wählern (mit zwei vollständigen Paarvergleichen) zeigen 74 Verletzungen der Asymmetrie. Von diesen verhalten sich 60 in beiden Paarvergleichen *durchwegs transitiv* – dies sind 41% (!) aller untersuchten Wähler.

Ein Musterfall für diese schnelle Vertauschung von Parteien in der Präferenzhierarchie zwischen erstem und zweitem Paarvergleich, d. h. innerhalb von Sekunden, bei *gleichzeitigem vollständigem transitivem Urteil* vor und nach dem Platzwechsel ist eine 30 Jahre alte

Tab. 2: Verletzungen der Asymmetrie.

Verletzungen der Asymmetrie pro Wähler	Häufigkeit
0	72
1	45
2	19
3	6
4	2
5	1
6	1
	146

SPD-Wählerin, die sich täglich über aktuelle politische Inhalte informiert. Ihr erster Paarvergleich ergibt die Präferenzordnung SPD – EAP – GL – DKP – FDP – CDU – CSU – NPD. Nach dem Umblättern erfolgt eine schnelle kognitive Umstrukturierung: Die EAP wird gegenüber der GL, DKP und FDP abgewertet und zugleich die FDP gegenüber der DKP und der GL aufgewertet. Diese beträchtliche Umstrukturierung des vorderen Mittelfeldes, welche als eine *Abwendung von den neuen Parteien und Rückbesinnung auf die amtierende Koalition* interpretierbar ist, geht mit fünf Verletzungen der Asymmetrie einher und führt zu der Präferenzordnung SPD – FDP – GL – DKP – EAP – CDU – CSU – NPD.

Weisen nun die Verletzungen der Asymmetrie bei jenen 60 Wählern, für die Intransitivität als Erklärung *nicht* möglich ist, systematische Tendenzen auf? Statistisch gesichert werden kann ein Zusammenhang zwischen dem Auftreten der insgesamt 86 Verletzungen der Asymmetrie durch diese 60 Wähler und der *Position* der vertauschten Parteien: Am seltensten ändert sich die Position der letzten Präferenz, danach die der ersten Präferenz, und am häufigsten werden die Positionen in der Mitte der subjektiven Präferenzordnung verschoben ($\chi^2 = 20.46$, $df = 6$, Tab. 3). Neben diesem *positionsspezifischen Effekt* läßt sich auch ein *parteienspezifischer Effekt* sichern: Ein Test der empirischen Verteilung gegen Gleichverteilung führt zu dem Ergebnis, daß eine signifikante Abweichung vorliegt ($\chi^2 = 17.86$, $df = 7$, Tab. 4). Prüfen wir weiterhin die Hypothese, daß Verletzungen in stärkerem Maße bei den «neuen Parteien» GL und EAP sowie den «getrennten» Parteien CDU und CSU auftreten als bei den

Tab. 3: Verletzungen der Asymmetrie in Abhängigkeit von der Position der vertauschten Parteien.

Vertauschte Positionen	1 mit 2	2 mit 3	3 mit 4	4 mit 5	5 mit 6	6 mit 7	7 mit 8	
Häufigkeit	9	13	14	20	18	9	3	$\Sigma = 86$

Tab. 4: Verletzungen der Asymmetrie in Abhängigkeit von der Partei, die beurteilt wird.

Partei	GL	EAP	DKP	CDU	CSU	FDP	SPD	NPD	
Häufigkeit der Verletzungen	27	27	27	25	22	20	19	5	$\Sigma = 172$

restlichen vier Parteien, erhalten wir ebenfalls eine Signifikanz ($\chi^2 = 5.23$, $df = 1$). In beiden Fällen ist jedoch die Signifikanz im wesentlichen auf die besonders *stabile Ablehnung* einer einzigen Partei zurückzuführen, welche weder etwas mit der ökologischen Diskussion noch der simulierten Trennung der Union zu tun hat, nämlich auf die NPD.

Die Prüfung der Axiome Vollständigkeit und Transitivität im vorangegangenen Abschnitt zeigt uns das erste Postulat als bestätigt: Bei allen 149 Wählern, welche das Axiom «Vollständigkeit» erfüllen, existieren subjektive Präferenzordnungen, in denen sowohl die traditionellen als auch die neuen Parteien einen festen Rangplatz eingenommen haben. Das Ergebnis zur Prüfung der Asymmetrie zwingt uns jedoch bereits zu einer Präzisierung der Theorie: Wegen der beträchtlichen Anzahl an Verletzungen bei gleichzeitiger Transitivität ist es zweckmäßig, nicht den einzelnen Wähler als Einheit zu betrachten, sondern als Einheit die Präferenzordnung zu wählen.

Wir sehen nun diese Präferenzordnungen aus? Um einen Einblick zu vermitteln, ist in Tabelle 5 die Verteilung der Parteien auf die erste, zweite und letzte Präferenz in allen Präferenzordnungen angegeben. In 77% aller Fälle ist die NPD die am wenigsten wählbare Partei. Diesem stabilsten politischen Feindbild kommt am nächsten – wenngleich weit abgeschlagen – die DKP. Ihr negatives Abschnei-

den überrascht angesichts der den Studenten gewöhnlich nachgesagten extremen Linksorientierung. Bei der untersuchten Population scheint es sich eher um eine nach links wie rechts gemäßigte, der amtierenden Koalition zugeneigte Generation zu handeln. Die ersten Präferenzen für SPD und FDP stimmen mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 1980 in Annäherung überein. Der große Unterschied zur Bundestagswahl liegt, wie bereits erwähnt, in dem positiven Abschneiden der GL mit 37% und in dem schwachen Ergebnis für die CDU und die CSU.

5.2. Prüfung von Postulat 2

Postulat 2 behauptet, daß die wahrgenommene Rangfolge der Parteien auf der Links-Rechts-Konfliktachse für alle Wähler dieselbe sei. Für das traditionelle Fünf-Parteien-System konnte diese Gesetzmäßigkeit in hohem Maße bestätigt werden: bei 96% aller Wähler hatten die fünf Parteien eine *perfekt übereinstimmende Rangordnung* auf der Links-Rechts-Konfliktachse und zwar (von links nach rechts) DKP, SPD, FDP, CDU/CSU und NPD. Diese stimmt mit den Ergebnissen von KLINGEMANN (1972) überein. Die Analyse der 4% abweichenden Fälle zeigte, daß diese Wähler angaben, sich politisch so gut wie nie zu informieren, weiterhin, daß sich unter ihnen die Wähler mit maximalen

Tab. 5: Verteilung der acht Parteien auf die erste, zweite und letzte Präferenz (in %).

	SPD	GL	FDP	CDU	CSU	EAP	NPD	DKP	Σ
erste Präferenz	40,0	37,0	10,2	6,4	4,7	1,0	0,7	0,0	100,0
zweite Präferenz	30,4	14,9	34,8	8,3	5,6	2,0	0,0	4,0	100,0
letzte Präferenz	1,9	1,6	0,9	1,6	3,1	4,1	77,0	9,8	100,0

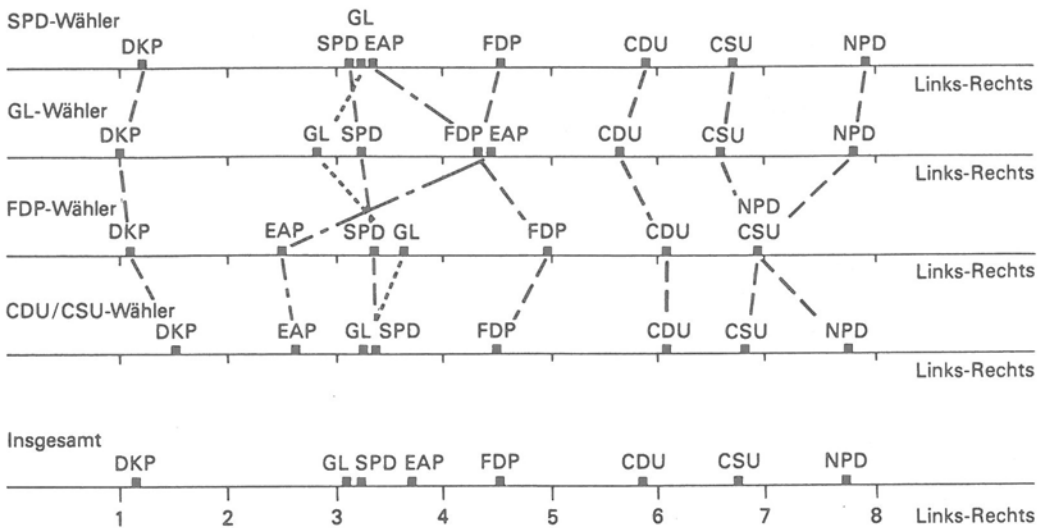


Abb. 2: Mittlere Position der Parteien auf der Links-Rechts-Konfliktachse aus der Sicht der Hauptwählergruppen.

Anzahlen von Verletzungen der Transitivität und Asymmetrie befanden und schließlich, daß die Abweichungen fast ausschließlich die NPD betrafen («Links-drift» der NPD).

Für das Acht-Parteien-System zeigte sich jedoch, daß ein Konsensus über die Rangordnung der Parteien *nicht existiert*. Uneinigkeit besteht darüber, ob die GL «links» oder

«rechts» von der SPD einzuordnen sei (Abb. 2). Die GL-Wähler selbst lokalisieren ihre Partei am weitesten «links», insgesamt wird sie auch im Durchschnitt noch «links» von der SPD gesehen. Uneinigkeit besteht weiterhin darüber, wo die EAP einzuordnen sei. Die FDP- und CDU/CSU-Wähler verweisen die EAP weit in den «linken» Bereich, zwischen SPD und DKP! Am sensitivsten für einen Unterschied zwischen EAP und GL erscheinen die GL-Wähler selbst, welche der EAP einen Platz rechts von der FDP zuordnen. Abbildung 3 macht die starken interindividuellen Unterschiede in der Beurteilung der GL wie auch der EAP sichtbar. Postulat 2 der Theorie der Allgemeinen Links-Rechts-Eindimensionalität kann demnach zwar für das traditionelle Fünf-Parteien-System, nicht aber für das Acht-Parteien-System bestätigt werden.

5.3. Prüfung der Postulate 3 und 4

Postulat 3 behauptet, daß die Wähler ihre Präferenzen aus ein und demselben Merkmal, nämlich der Links-Rechts-Konfliktachse bilden. Postulat 4 beschreibt die Beziehung zwischen letzterer und der Präferenzordnung als eine UPF. Nun besagt das eingangs formulierte

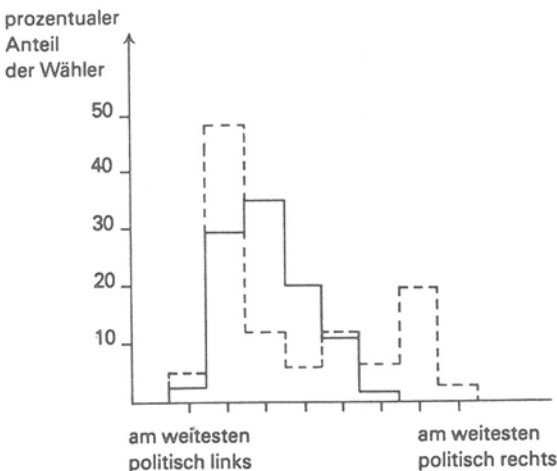


Abb. 3: Individuelle Unterschiede in der Einschätzung der GL (durchgezogene Linie) und der EAP (gestrichelte Linie) auf der Links-Rechts-Konfliktachse.

methodische Relativitätsprinzip, daß die Frage nach der relevanten Konfliktachse nicht unabhängig von der Frage nach der relevanten Präferenzfunktion beantwortet werden kann. Konsequentermaßen können wir beide Postulate nur relativ zueinander, d. h. gemeinsam testen, nämlich als die Frage, ob die individuellen Präferenzordnungen gemäß einer UPF in die Links-Rechts-Konfliktachse (als qualitative J-Skala im Sinne von COOMBS, 1964) entfaltet werden können. Beispielsweise kann die Präferenzordnung SPD – FDP – CDU/CSU – DKP – NPD in die Links-Rechts-Konfliktachse DKP – SPD – FDP – CDU/CSU – NPD entfaltet werden, nicht aber die Präferenzordnung SPD – CDU/CSU – FDP – DKP – NPD.

Für das Fünf-Parteien-System erhalten wir das Ergebnis, daß 270 der insgesamt 295 Präferenzordnungen, also 91,5%, perfekt, d. h. ohne eine einzige Abweichung, in die Links-Rechts-Konfliktachse entfaltet werden können.

Tabelle 6 schlüsselt dieses Ergebnis für die einzelnen Wählergruppen auf und macht sichtbar, wie sich die kleine Gruppe mit abweichendem Wahlverhalten auf die Wählergruppen verteilt. Der Unterschied zwischen den SPD-, FDP- und CDU/CSU-Wählern² ist nicht signifikant. Alleine unter den CDU/CSU-Wählern findet sich eine anteilmäßig starke, wenngleich absolut gesehen kleine Gruppe, welche sich nicht gemäß Postulat 3 und 4 verhält. Die abweichenden CDU/CSU-Wähler bevorzugen die SPD vor der FDP, sie *nähern sich* also der SPD. Die – absolut gesehen – gleich starke Gruppe der abweichenden SPD-Wähler *entfernen sich* dagegen von der CDU/CSU: sie ziehen selbst noch die NPD der CDU/CSU vor. Dieses gegenläufige Prinzip der Annäherung der CDU/CSU-Wähler bei gleichzeitiger Abwendung der SPD-Wähler beschreibt etwa 90% der abweichenden Präferenzen.

² DKP- und NPD-Wähler bleiben wegen der geringen Häufigkeit unberücksichtigt. Alle DKP-Wähler in Tabelle 6 ziehen beim Vergleich aller acht Parteien stets die GL der DKP vor, es handelt sich also um eine Gruppe «linksorientierter Grünen», welche in Tabelle 5 unter der Rubrik «DKP» als zweite Präferenz eingehen.

Bei den hier und im folgenden durchgeführten Chi-Quadrat-Tests wurde von jedem Wähler nur die erste Präferenzordnung berücksichtigt, da die jeweils zweite nicht als von der ersten unabhängig angesehen werden kann.

Tab. 6: Anzahl der Präferenzordnungen (für das traditionelle Fünf-Parteien-System), welche allein durch die Links-Rechts-Konfliktachse erklärt werden können.

Partei	Anzahl der Präferenzordnungen, in denen diese Partei bevorzugt wird	Wieviele Präferenzordnungen können alleine durch die Links-Rechts-Konfliktachse erklärt werden?	
		absolut	in %
SPD	194	184	94,8
FDP	59	58	98,3
CDU/CSU	32	22	68,8
DKP	8	6	(75,0)
NPD	2	0	(0,0)
	295	270	91,5

Damit können alle 4 testbaren Postulate (das fünfte Postulat über individuelle Unterschiede ist, wie bereits erwähnt, nicht unabhängig von den ersten vier und enthält keine weitere prüfbare Information) als in hohem Maße erfüllt angesehen werden: Die Theorie der Allgemeinen Links-Rechts-Eindimensionalität erklärt demnach das Wahlverhalten unserer Wähler im Hinblick auf das traditionelle Fünf-Parteien-System fast perfekt und vollständig: *Der Wähler wählt eindimensional.*

Da diese Theorie zugleich die einfachste unter den drei formulierten Theorien ist, können wir angesichts dieser exzellenten Anpassungsgüte auf den Test der beiden anderen Theorien für das traditionelle Fünf-Parteien-System verzichten.

Wie steht es nun mit den Postulaten 3 und 4 im Hinblick auf das System der acht Parteien? Das Ergebnis ist, wie bei Postulat 2, *negativ*: Selbst wenn wir ein milderes Kriterium anlegen, indem wir *eine* Rangbindung auf der mittleren Links-Rechts-Konfliktachse in Abbildung 2 zulassen, also die Position zweier benachbarter Parteien wie GL und SPD als vertauschbar betrachten, lassen sich nur 2% (!) aller Präferenzordnungen in diese Links-Rechts-Konfliktachse entfalten. Für das System der acht Parteien scheitert demnach unsere Theorie der Allgemeinen Links-Rechts-Eindimensionalität vollständig. Kann dieses Ergebnis im Sinne einer erfolgten Akkommodation des eindimensionalen Schemas interpretiert werden, d. h., daß nun ein differenzierteres kognitives Schema die Präferenzen steuert? Um die Mög-

lichkeit einer solchen Interpretation zu prüfen, testen wir zunächst die beiden weiteren Theorien über Links-Rechts-Eindimensionalität für das Acht-Parteien-System.

6. Ergebnisse: Prüfung der Theorien der Wählergruppen-spezifischen und der Idiosynkratischen Links-Rechts-Eindimensionalität für das Acht-Parteien-System

Anstelle die Prüfung der einzelnen Postulate zu wiederholen, geben wir hier unmittelbar das Gesamtergebnis für den Vergleich aller Theorien an.

Die *Theorie der Wählergruppen-spezifischen Links-Rechts-Eindimensionalität* behauptet, daß sich die Präferenzordnungen gemäß einer UPF in die jeweils für eine bestimmte Wählergruppe charakteristische Links-Rechts-Konfliktachse (Abb. 2) entfalten lassen. Unter Zulassung wiederum einer Rangbindung auf der Links-Rechts-Konfliktachse stehen mit dieser Theorie 22,0% der Präferenzordnungen in Übereinstimmung. Dies ist weit mehr als die Theorie der Allgemeinen Links-Rechts-Eindimensionalität erklärt, nämlich nur 2% der Präferenzordnungen.

Die *Theorie der Idiosynkratischen Links-Rechts-Eindimensionalität* behauptet, daß sich die Präferenzordnungen jedes Wählers gemäß einer UPF in eine individuelle Links-Rechts-Konfliktachse entfalten lassen. Unter Zulassung wiederum einer Rangbindung stehen mit dieser Theorie 68,9% der Präferenzordnungen in Einklang! Dies ist wiederum weit mehr als die Theorie der Wählergruppen-spezifischen Links-Rechts-Eindimensionalität erklärt.

Demnach wählt der Wähler immer noch eindimensional, er akkommodiert sein Schema keineswegs als Reaktion auf die neuen Parteien, diese werden vielmehr in das Links-Rechts-Schema assimiliert. Die wesentliche Veränderung besteht allein darin, daß zwischen den Wählern kein Konsensus über die Position der neuen Parteien auf der alten Links-Rechts-Konfliktachse herrscht, die idiosynkratischen Auffassungen darüber jedoch die Präferenzordnungen bestens erklären.

Die hohe statistische Bedeutsamkeit dieses

Ergebnisses kann wie folgt nachvollzogen werden: Bei acht Parteien sind 20 160 qualitative J-Skalen möglich. Nur eine einzige davon kann jeweils der individuellen Links-Rechts-Konfliktachse entsprechen. Und in diese eine lassen sich die Präferenzordnungen in 68,9% aller Fälle (unter Zulassung einer Rangbindung) entfalten. Eine andere Betrachtungsweise ist die folgende: Die Anzahl aller möglichen Präferenzordnungen (I-Skalen) beträgt bei acht Parteien 40 320 (sie ist stets doppelt so hoch wie die Anzahl der qualitativen J-Skalen). Von diesen können nur 128 zu einer bestimmten qualitativen J-Skala entfaltet werden. Die Wahrscheinlichkeit, daß nun eine Präferenzordnung zufällig in die individuelle Links-Rechts-Konfliktachse entfaltet werden kann, beträgt (ohne Annahme einer Rangbindung) demnach nur $p = 0.003$ und es wäre (unter der Nullhypothese: Gleichwahrscheinlichkeit aller möglichen Präferenzordnungen, also keine Faltung der Links-Rechts-Konfliktachse in die Präferenzordnung) bei 293 Präferenzordnungen zu erwarten, daß nur 0.93, d. h. etwa *eine* davon in eine individuelle Links-Rechts-Konfliktachse entfaltet werden kann.

Tabelle 7 schlüsselt das Ergebnis nach den Wählergruppen auf. Die Unterschiede zwischen den Wählergruppen sind wiederum nicht signifikant (die Anzahl der berücksichtigten Präferenzordnungen beträgt 293, da ein Wähler keine Einschätzungen auf der Links-Rechts-Konfliktachse traf).

Tab. 7: Anzahl der Präferenzordnungen (für das Acht-Parteien-System), welche allein durch die individuelle Links-Rechts-Konfliktachse erklärt werden können.

Partei	Anzahl der Präferenzordnungen, in denen diese Partei bevorzugt wird	Wieviele Präferenzordnungen können alleine durch die individuelle Links-Rechts-Konfliktachse erklärt werden?	
		absolut	in %
SPD	118	83	70,3
GL	107	78	72,9
FDP	30	19	63,3
CDU	19	10	52,6
CSU	14	12	85,7
EAP	3	0	0
NPD	2	0	0
Σ	293	202	68.9

In einem weiteren Schritt wurde geklärt, ob ein Zusammenhang zwischen der politischen Orientierung mittels des einfachen, idiosynkratischen Links-Rechts-Schemas einerseits und andererseits dem Geschlecht, dem Alter des Wählers sowie der Häufigkeit, mit der sich dieser über aktuelle politische Inhalte informiert, besteht. Es zeigte sich, daß die Verwendung des einfachen Links-Rechts-Schemas vom Geschlecht unabhängig ist ($\chi^2 = 0.63$, $df = 1$), des weiteren vom Alter unabhängig ist ($\chi^2 = 0.88$, $df = 1$) und schließlich auch von der angegebenen Häufigkeit politischer Information ($\chi^2 = 3.31$, $df = 3$). Interessant ist allein die Tendenz bei letzterem Ergebnis: Jene Wähler, welche angaben, sich am seltensten, d. h. weniger als wöchentlich über aktuelle politische Inhalte zu informieren, weichen am häufigsten von dem eindimensionalen Prägeschema ab. Sind die Medien demnach Vermittler des eindimensionalen Prägeschemas?

7. Die Bedeutung der Umweltschutz-Konfliktachse

Da nun demonstriert ist, daß die Theorie der Idiosynkratischen Links-Rechts-Eindimensionalität fast 70% der Präferenzordnungen aller acht Parteien erklärt, ist zu fragen, ob der verbleibende Rest im wesentlichen aus Fällen mit kleinen Abweichungen besteht, oder ob noch Spuren von der eigentlich erwarteten Akkom-

modation zu finden sind. Dazu werden wir die Potenz dreier weiterer Konfliktachsen, insbesondere aber der Umweltschutz-Konfliktachse, zur Erklärung der restlichen Präferenzordnungen prüfen. Wiederum werden dazu die individuellen Konfliktachsen jedes einzelnen Wählers als Kriterium genommen, dies gebietet die hohe interindividuelle Streuung der Einschätzungen.

Tabelle 8 verdeutlicht den geringen Zuwachs an erklärten Präferenzordnungen durch die drei Konfliktachsen. Die Umweltschutz-Konfliktachse *erklärt zusätzlich nur 5,5%*, «Radikalität» und «Wirtschaftswachstum» erklären zusammen nochmals den gleichen Betrag. Beachtenswert ist, wie wenig die Umweltschutz-Konfliktachse für die GL-Wähler an Zuwachs bringt. Sie werden darin sowohl von den SPD-, den FDP-, als auch von den CDU-Wählern übertroffen. Gleichzeitig ist für die GL-Wähler weder die Konfliktachse «Radikalität» noch «Wirtschaftswachstum» von zusätzlicher Relevanz.

Der Vergleich von Tabelle 8, welche den Zuwachs, also die eigenständige Bedeutung der drei Konfliktachsen relativ zur Links-Rechts-Konfliktachse angibt, mit Tabelle 9, welche die Anzahl insgesamt erklärter Präferenzen angibt, weist auf eine hohe Diskrepanz hin: Die Umweltschutz-Konfliktachse erklärt insgesamt 28,3% der Präferenzordnungen, ihr eigenständiger Beitrag beträgt jedoch nur 5,5%. In der Mehrzahl der Fälle kann die Präferenzordnung

Tab. 8: Zuwachs an erklärten Präferenzordnungen nach Berücksichtigung der Merkmale «Umweltschutz», «Radikalität» und «Wirtschaftswachstum».

Partei	Präferenzordnungen	durch «Links-Rechts» erklärt (in %)	durch «Links-Rechts» oder «Umweltschutz» erklärt (in %)	durch «Links-Rechts», «Umweltschutz» oder «Radikalität» erklärt (in %)	durch «Links-Rechts», «Umweltschutz», «Radikalität» oder «Wirtschaftswachstum» erklärt (in %)
SPD	118	70,3	77,1	83,9	85,6
GL	107	72,9	76,6	76,6	76,6
FDP	30	63,3	70,0	73,3	80,0
CDU	19	52,6	63,2	73,3	78,9
CSU	14	85,7	85,7	85,7	85,7
EAP	3	0	0	0	0
NPD	2	0	0	0	0
in %		68,9	74,4	78,2	79,9
Zuwachs in %			5,5	3,8	1,7

Tab. 9: Anzahl der Präferenzordnungen, welche durch «Umweltschutz», «Radikalität» und «Wirtschaftswachstum» erklärt werden können.

Partei	Präferenzordnungen	Wieviele davon können durch das folgende Merkmal erklärt werden?					
		primäre Zielsetzung: Umweltschutz		Radikalität		primäre Zielsetzung: Wirtschaftswachstum	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
SPD	118	37	31,4	26	22,0	5	4,2
GL	107	28	26,2	17	15,9	2	1,9
FDP	30	11	36,7	8	26,7	5	16,7
CDU	19	4	21,1	3	15,8	2	10,5
CSU	14	3	21,4	1	7,1	1	7,1
EAP	3	0	0	0	0	0	0
NDP	2	0	0	0	0	0	0
	293	83	28,3	55	18,8	15	5,1

zugleich auf die individuelle Links-Rechts- und auf die individuelle Umweltschutz-Konfliktachse zurückgeführt werden. Eine Analyse dieses Zusammenhangs macht folgende Gesetzmäßigkeit sichtbar: Die Umweltschutz-Konfliktachse kann auf einfache Weise in die Links-Rechts-Konfliktachse transformiert werden. Diese Transformation kann als eine unimodale Funktion mit dem Modus über der GL beschrieben werden, d. h., als Faltung der individuellen Links-Rechts-Konfliktachse bei der GL. Die Konfliktachse «Umweltschutz» läßt sich also auf das individuelle Links-Rechts-Schema reduzieren!

Zwei Beispiele mögen diesen Zusammenhang veranschaulichen:

1) Eine SPD-Wählerin (32 Jahre, informiert sich etwa wöchentlich über Politik, keine Verletzungen der Transitivität und der Asymmetrie) nimmt die Rangfolge der Parteien auf der Links-Rechts-Konfliktachse als
DKP – SPD – GL – FDP – CDU – CSU – EAP – NDP

wahr. Ihre Einschätzung hinsichtlich der Umweltschutz-Konfliktachse ist:

GL – SPD – FDP – DKP – CDU – CSU – EAP – NDP.

Letztere läßt sich durch Faltung ihrer individuellen Links-Rechts-Konfliktachse im Punkt «GL» erhalten. Diese kognitive Transformation besagt nun einerseits, daß die Rangfolge jener Parteien, welche der Wähler politisch rechts von der GL wahrnimmt, im Beispiel FDP – CDU – CSU – EAP – NDP, auf der Umweltschutz-Konfliktachse *beibehalten* wird. Der Wähler vermutet demnach den Zusammenhang, daß eine Partei umso weniger für den Umweltschutz eintritt, je weiter rechts sie steht. Andererseits besagt diese Transformation, daß die Rangfolge jener Parteien, welche der Wähler links von der GL wahrnimmt, im Beispiel DKP – SPD, auf der Umweltschutz-Konfliktachse *umgekehrt* wird. Hier schließt der Wähler demnach, daß eine Partei umso weniger für den Umweltschutz eintritt, je weiter links sie steht.

2) Eine FDP-Wählerin (24 Jahre, informiert sich täglich über Politik, keine Verletzungen der Transitivität und Asymmetrie) nimmt die Rangfolge der Parteien auf der Links-Rechts-Konfliktachse als

DKP – EAP – SPD – FDP – GL – CDU – CSU – NDP

wahr. Auf der Umweltschutz-Konfliktachse ordnet sie die Parteien wie folgt an:

GL – FDP – SPD – CDU – EAP – CSU – DKP – NDP.

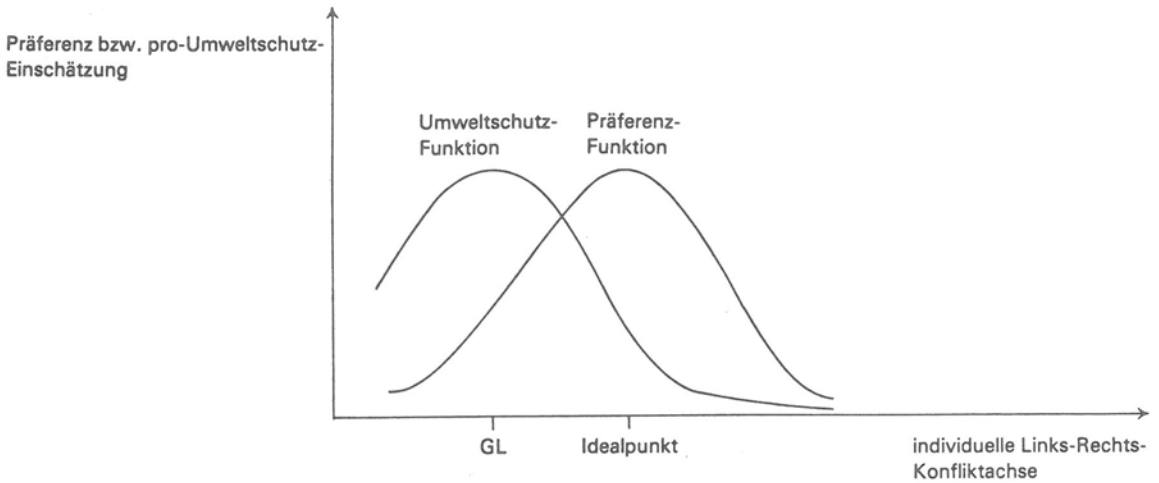


Abb. 4: Sowohl die Präferenzordnung als auch die Umweltschutz-Konfliktachse lassen sich aus der individuellen Links-Rechts-Konfliktachse eines Wählers erklären. Die Präferenzordnung ergibt sich aus einer unimodalen Funktion (UPF) mit Modus über dem Idealpunkt, die Umweltschutz-Konfliktachse aus einer unimodalen Funktion mit Modus über der GL.

Letztere läßt sich wiederum durch Faltung der Links-Rechts-Konfliktachse bei der GL erhalten. Schließlich läßt sich ihre Präferenzordnung FDP-SPD-GL-CDU-EAP-CSU-DKP-NPD in beide Konfliktachsen entfalten.

Das allgemeine Prinzip dieser kognitiven Verknüpfung zwischen «Links-Rechts» einerseits und «Umweltschutz» sowie der Präferenzordnung andererseits ist in Abbildung 4 veranschaulicht. Insgesamt kann in 58 der 68 Fälle, in denen sowohl die Links-Rechts- als auch die Umweltschutz-Konfliktachse von Bedeutung ist, letztere mittels einer UPF aus der Links-Rechts-Konfliktachse hergeleitet werden. Dies sind 85,3%! Bezogen auf alle Wähler (83 Präferenzordnungen), für die sich der Umweltschutzgedanke als bedeutsam erweist, können damit in 70,0% aller Fälle die Umweltschutzeinschätzungen als eine Faltung der individuellen Links-Rechts-Konfliktachse im Punkt GL erklärt werden.

Es bleibt anzumerken, daß die Berechnung von Korrelationen zwischen den Links-Rechts- und den Umweltschutz-Einschätzungen das Ausmaß dieser Abhängigkeit nicht aufzeigen kann, da mit der Berechnung von Korre-

lationen die unzutreffende Monotonitätshypothese über die Beziehung zwischen beiden impliziert wird. Die Tau-Korrelationen betragen entsprechend nur .04, .08, .17, .38 und .39 für die FDP-, CSU-, CDU-, GL- bzw. SPD-Wähler.

8. Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Art der Präferenzfunktion

Während bei der Links-Rechts-Konfliktachse keine monotonen Präferenzfunktionen auftreten (andernfalls wären DKP- und NPD-Wähler zu erwarten) sind diese bei «Umweltschutz», «Radikalität» und «Wirtschaftswachstum» relativ häufig. Wie bereits erwähnt, stehen monotone Präferenzfunktionen einerseits und unimodale Präferenzfunktionen (nicht-monotone) andererseits für zwei unterschiedliche *kognitive Stile*, politische Wahlen zu treffen (*Extrem- und Konflikt-Wähler*).

Beispiele für Extrem-Wähler sind jene GL-Wähler, deren Präferenzordnung mit ihrer Umweltschutz-Konfliktachse perfekt übereinstimmt, sowie jene FDP-Wähler, deren Präferenzordnung mit der Anordnung der Parteien hinsichtlich «Radikalität» übereinstimmt, wobei gleichzeitig die FDP als die am wenigsten

Tab. 10: Zusammenhang zwischen dem Geschlecht des Wählers und der Art der Präferenzfunktion.

		Geschlecht des Wählers		
		♂	♀	
Präferenzfunktion	monoton	21	19	40
	UPF (nicht monoton)	23	90	113
		44	109	153

sche Unterschiede ($\chi^2 = 9.75, df = 1, p < 0.01$). Die männlichen Wähler tendieren demnach mehr zu einem Wahlverhalten, welches dem «je-extremer-desto-besser»-Denkmuster entspricht, die weiblichen Wähler hingegen wägen mehr ab. Sie beziehen signifikant häufiger einen Standpunkt, von dem aus gesehen ein Zuwenig oder Zuviel an «Radikalität» oder ein Zuwenig oder Zuviel an «Umweltschutz» mehr Schaden als Nutzen verspricht.

radikale Partei wahrgenommen wird. Tabelle 10 gibt Auskunft über jene 153 (83 + 55 + 15) Präferenzordnungen (Tab. 9), welche sich in die Konfliktachsen «Umweltschutz», «Radikalität» oder «Wirtschaftswachstum» entfalten lassen. Sie zeigt signifikante geschlechtsspezifische

9. Über Sinn und Unsinn einer «theorielosen» Skalierung

Vergessen wir einen Moment alle bisherigen Ergebnisse und beginnen wir die Untersuchung ein zweites Mal, diesmal im Sinne der verbreiteten Forschungsstrategie, die Parteipräferenzen

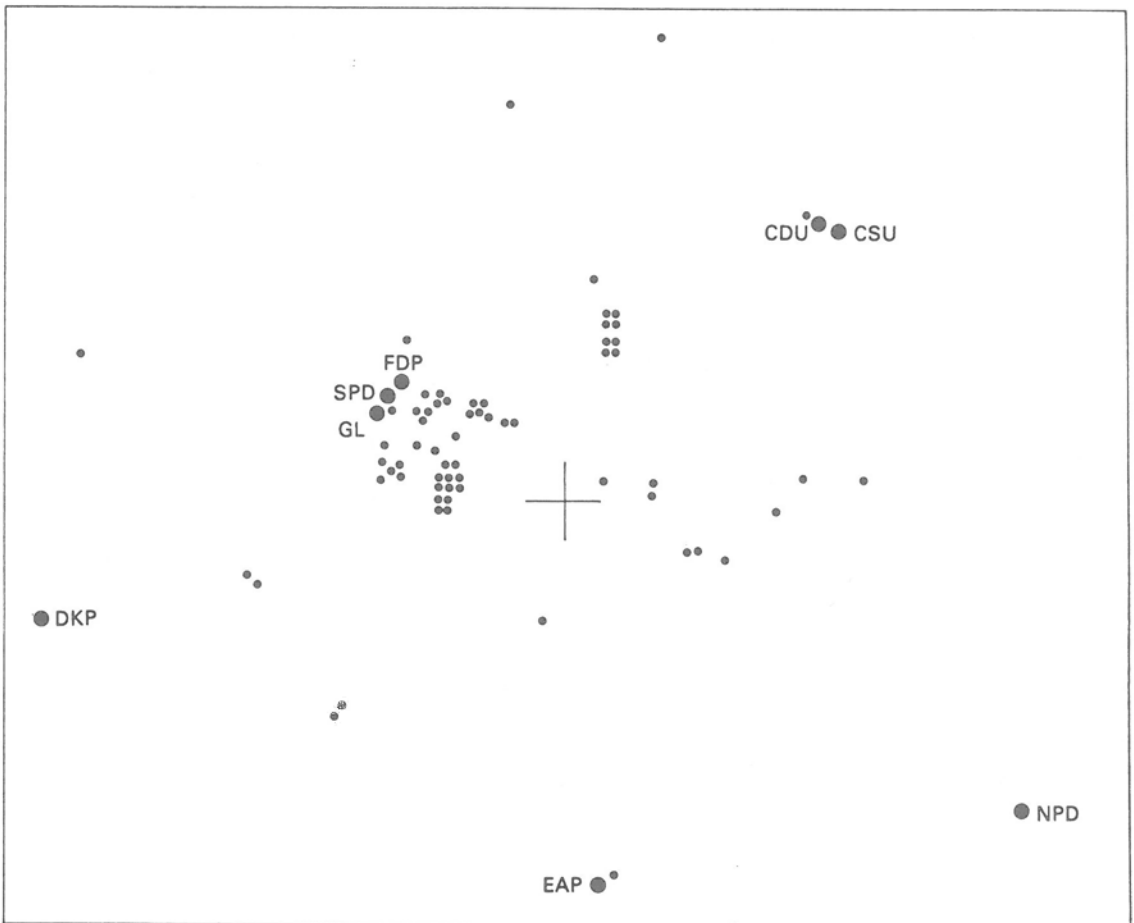


Abb. 5: Skalierung der acht Parteien durch nichtmetrische Entfaltung (Streß S = .10).

zen unmittelbar einer mehrdimensionalen Skalierung zu unterziehen, ohne prüfbare Theorien aufzustellen und zu testen. Wir verwenden dazu das nichtmetrische mehrdimensionale Entfaltungsmo­dell (vgl. GIGERENZER, 1981) und erhalten folgendes Ergebnis:

Die Skalierung des Fünf-Parteien-Systems zeigt eine *eindimensionale* Konfiguration. Die Anpassungsgüte (der Streß) ist exzellent. Die Skalierung des Acht-Parteien-Systems führt dagegen zu einer *dreidimensionalen* Konfiguration. Zur Veranschaulichung zeigt Abbildung 5 die zweidimensionale Konfiguration für alle acht Parteien (da wir auf ein zweidimensionales Medium eingeschränkt sind). Abbildung 5 beruht auf den Präferenzordnungen einer Zufallsstichprobe von 75 Wählern. Die Beschränkung auf eine Zufallsstichprobe ergibt sich aus der Kapazität des verwendeten Computerprogramms (MINIRSA, vgl. COXON, 1977). Von jedem Wähler wurde nur die erste Präferenzordnung berücksichtigt; die Idealpunkte der Wähler sind eingetragen, der geringen Distanz eines Idealpunkts zu einer Partei entspricht hohe Präferenz für diese Partei. Die Anpassungsgüte der zweidimensionalen Konfiguration in Abbildung 5 (Streß $S = .10$) wird im Übergang zu einer dreidimensionalen Konfiguration erheblich verbessert ($S = .01$). Da wir nun «theorielos» vorgehen, ist dieser «Ellenbogenknick» in der Streßkurve (vgl. GIGERENZER, 1977, 1981) unser wesentliches empirisches Kriterium für die Entscheidung zugunsten einer dreidimensionalen Konfiguration.

Was hätten wir aus diesem Ergebnis gefolgert? Wir hätten gefolgert, daß der äußeren Erweiterung der Parteienlandschaft eine innere Differenzierung entspräche, nämlich ein Übergang von einem eindimensionalen zu einem mehrdimensionalen kognitiven Schema. Unser *Fehlschluß* hätte also gelaundet: Der Wähler hat *akkommodiert!*

Als nächstes hätten wir dann die Interpretation der mehrdimensionalen Konfiguration mit der Frage eingeleitet: Welches sind nun die neuen Konfliktachsen? Um die Interpretation nicht allein auf Intuition und Fingerspitzengefühl zu gründen, hätten wir eine hypothesentestende Interpretation (GIGERENZER, 1981) durchgeführt, d.h. wir hätten für jede der vier Konfliktachsen geprüft, ob die Einschätzungen

der Parteien auf einer Konfliktachse mit den Koordinaten der Parteien in der mehrdimensionalen Konfiguration korrelieren. Das Ergebnis wäre allerdings negativ ausgefallen: Die multiple Korrelation zwischen den (über alle 75 Wähler gemittelten) Einschätzungen der Parteien auf der Umweltschutz-Konfliktachse und den Koordinaten ist weder im zwei- noch im dreidimensionalen Fall signifikant. Dasselbe Ergebnis hätte sich für «Radikalität» und «Wirtschaftswachstum» gezeigt, allein für die Links-Rechts-Konfliktachse hätten wir bereits im zweidimensionalen Modell (Abb. 5) mit $R = .96$ eine hohe und signifikante multiple Korrelation erhalten. Somit hätten wir uns doch wieder auf unser Fingerspitzengefühl verlassen müssen, um noch eine plausible Interpretation zu finden.

All diese Suche wäre jedoch von vornherein vergeblich gewesen, da nicht Mehrdimensionalität, sondern Idiosynkratische Eindimensionalität vorliegt, wie wir aus obigen Ergebnissen wissen. Wir hätten letzteres für Mehrdimensionalität gehalten, da das Symptom «Streß» auf beides (wie auf vieles anderes mehr, vgl. GIGERENZER, 1981) gleich reagiert, nämlich mit einem Anstieg. Die Skalierung hätte zwar für das Fünf-Parteien-System ein sinnvolles Bild erbracht – dort war die durch das Skalierungsmodell implizierte Theorie des Wahlverhaltens erfüllt –, nicht aber für alle acht Parteien. Hier wäre die durch das Skalierungsmodell implizierte Theorie nicht erfüllt gewesen. Der wesentliche Vorteil, den ein direkter Test von theoretischen Postulaten gegenüber einer «theoriellosen» Skalierung aufweist, wird offenbar.

10. Zusammenfassung und Diskussion

- (1) *Politische Eindimensionalität – ein dominantes und beständiges Prinzip in der Bundesrepublik Deutschland?*

Wir hatten erwartet, daß die Erweiterung des traditionellen Parteienspektrums durch Parteien, welche den ökologischen Gedanken (pro und contra) betonen, mit einer entsprechenden Erweiterung des eindimensionalen Links-Rechts-Schemas einhergehen würde – insbe-

sondere bei der untersuchten Wählerpopulation mit einem Anteil von 37% Grüne Liste-Wählern. Jedoch konnten die Parteipräferenzen für das traditionelle Fünf-Parteien-System durch die Theorie der Allgemeinen Links-Rechts-Eindimensionalität in 91,5% aller Fälle vollständig erklärt werden, die Parteipräferenzen für alle acht Parteien durch die Theorie der Idiosynkratischen Links-Rechts-Eindimensionalität in 68,9% aller Fälle.

Steht dieses Ergebnis, nämlich politische Eindimensionalität, mit den Ergebnissen bisheriger Studien in der Bundesrepublik Deutschland in Einklang? In Studien, welche nach Anzahl und Wesen relevanter Konfliktachsen fragen, wird meist vom Konzept eines «politischen Raumes» ausgegangen, wie er z. B. bei DOWNS (1957) inhaltlich beschrieben ist und es wird versucht, diesen politischen Raum – welcher durch die relevanten Konfliktachsen aufgespannt wird – mit Hilfe der mehrdimensionalen Skalierung empirisch zu erfassen. Dabei wurden sowohl politische Parteien (HOLTMANN, 1975; NORPOTH, 1979; GIGERENZER, 1981; MARX, 1982) als auch Politiker (z. B. AHRENS, 1974) als Bedeutungsträger untersucht. Im folgenden diskutieren wir allein empirische Studien über politische Parteien, wobei diese danach unterschieden werden, ob die Befragung vor oder nach dem Einsetzen der ökologischen Diskussion erfolgte.

Studien vor dem Einsetzen der ökologischen Diskussion

HOLTMANN (1975) untersucht Sympathieeinschätzungen der fünf traditionellen Parteien, die einer repräsentativen Nachuntersuchung zur Bundestagswahl 1972 entnommen sind. Er berechnet die euklidischen Distanzen je zweier Parteien aus deren Sympathieeinschätzungen und konstruiert daraus mittels metrischer mehrdimensionaler Skalierung (für jede Wählergruppe jeweils getrennt) einen «politischen Raum». Zur Interpretation der politischen Räume berechnet er die Korrelationen zwischen den Koordinaten der Parteien im jeweiligen politischen Raum und den mittleren Einschätzungen der Parteien auf einer Links-Rechts-Konfliktachse (übernommen aus einer

Untersuchung von KLINGEMANN (1972)). Er findet nur für die Wähler der beiden «extremen» Parteien, der NPD und der DKP, bedeutende Korrelationen, *nicht* aber für die SPD-, FDP- und CDU/CSU-Wähler.

Was bedeutet dies? Der Autor läßt die Antwort offen, und der Leser, der dennoch nach ihr sucht, kann dem naheliegenden Fehlschluß erliegen, daß die Links-Rechts-Konfliktachse nur für die Parteipräferenzen (bzw. Parteisympathien) der DKP- und NPD-Wähler, nicht aber für die der anderen Wähler von Bedeutung sei. Zur Klärung sei an das angesprochene methodische Relativitätsprinzip erinnert: Die Frage nach der oder den relevanten Konfliktachsen kann nur relativ zu einer bestimmten Präferenzfunktion beantwortet werden. Eine Theorie des Wahlverhaltens muß demnach beides zugleich explizieren und prüfen. In der genannten Studie wird jedoch das Thema «Präferenzfunktion» nirgends expliziert. Der springende Punkt ist nun, daß die von HOLTMANN berechneten Korrelationen *monotone bzw. lineare Präferenzfunktionen implizieren* (im Sinne der *Implikationsthese* von GIGERENZER, 1978, 1981). Monotone Präferenzfunktionen können relativ zur Links-Rechts-Konfliktachse jedoch nur bei DKP- oder NPD-Wählern vorliegen. Durch die methodische Brille des Korrelationskoeffizienten, welcher eine (für die anderen Wählergruppen) unzutreffende Präferenzfunktion impliziert, erscheint damit die Links-Rechts-Konfliktachse ausschließlich für die DKP- und die NPD-Wähler als relevant. Genau dies ist dann HOLTMANN'S Ergebnis. Eine Durchsicht der Studie legt dagegen nahe, daß die Links-Rechts-Konfliktachse für alle Wählergruppen relevant ist, sobald man deren Relevanz im Hinblick auf eine UPF testet.

NORPOTH (1979) untersucht Umfragen, welche 1969 bzw. 1972 anlässlich der Bundestagswahlen erhoben wurden. Für die Bundestagswahl 1969 erhält NORPOTH eine eindimensionale Struktur der fünf Parteien mit der ADF (= Aktion demokratischer Fortschritt) und der NPD an den Polen, und dazwischen die restlichen drei Parteien als unentwirrbares Knäuel in einem einzigen Punkt vereint. NORPOTH spricht von einer degenerierten Links-Rechts-Konfliktachse und erklärt das Zusammenfallen von SPD und CDU/CSU mit der 1966 einge-

setzten und zum Zeitpunkt der Befragung immer noch amtierenden großen Koalition. Das Zusammenfallen der Koalition mit der FDP deutet er dahingehend, daß die FDP in ihrer bescheidenen Größe der Rolle einer parlamentarischen Opposition nicht gerecht werden konnte.

Die Analyse der Befragung vor den Bundestagswahlen 1972 liefert dieselbe degenerierte Links-Rechts-Dimension, jedoch mit dem wesentlichen Unterschied, daß nun eine zweite Dimension hinzu gekommen scheint, auf der sich SPD und FDP einerseits (wiederum zusammenfallend) und die CDU/CSU andererseits gegenüberstehen. Nun formuliert und prüft NORPOTH (wie auch HOLTSMANN) keine Theorie des Wahlverhaltens: «Hauptziel der Arbeit ist es, die Konfiguration der deutschen Parteien und Wähler mittels Unfolding (MINIRSA) zu erkunden» (NORPOTH, 1979, p. 350). Daher bleibt ihm zur Entscheidung über die Anzahl relevanter Konfliktachsen im wesentlichen nur die Anpassungsgüte, der Streß (vgl. obige Ausführungen über Probleme einer «theorielosen» Skalierung). Es wird deutlich, daß der Vergleich dieser Ergebnisse mit unserer Studie zumindest nicht einfach ist. Am ehesten scheint der Schluß gerechtfertigt, daß sich in unserer wie auch in diesen, für die Bundesrepublik Deutschland repräsentativen Studien die beständige und dominante Rolle des Links-Rechts-Schemas für das traditionelle Fünf-Parteien-System zeigt.

Studien nach dem Einsetzen der ökologischen Diskussion

Die Arbeiten von GIGERENZER (1981, p. 388 ff.) und MARX (1982) haben die Auswirkungen der neuen politischen Situation zum Gegenstand. Beide Arbeiten untersuchen, im Unterschied zu den vorgenannten Studien ausschließlich das politische Verhalten von Studentenspopulationen, die eine weit überdurchschnittliche Bindung an die «Grünen» zeigen. Die Arbeiten unterscheiden sich jedoch in wesentlichen Punkten. In meiner Studie werden *Parteipräferenzen* mittels mehrdimensionaler Entfaltung untersucht. MARX untersucht dagegen *Assoziationen* auf die Parteien mittels nichtmetri-

scher multidimensionaler Skalierung. Dennoch zeigen beide Untersuchungen bezüglich der fünf traditionellen Parteien interessante Übereinstimmungen. Für die Parteipräferenzen ergibt sich eine C-förmige Struktur der Parteien (*Simplex-Organisation*), welche als Links-Rechts-Konfliktachse identifiziert werden kann. Diese Struktur steht im Einklang mit der von EYSENCK (1973, p. 213) postulierten Struktur politischer Parteien in England. MARX erhält eine entsprechende Struktur, nur daß die beiden Enden der C-förmigen Konfiguration (an denen die DKP bzw. die NPD lokalisiert sind) zu einem Kreis «zusammengebogen» sind: Es entsteht eine *Zirkumplex-Organisation*. Man könnte daraus schließen, daß die *assoziative Nähe* von DKP und NPD größer sei als ihre *Nähe in bezug auf die Wahlentscheidung*.

Deutliche Unterschiede zeigen sich in beiden Arbeiten jedoch bei Berücksichtigung der GL und der EAP. In meiner Studie ändert sich durch das Auftreten der beiden neuen Parteien die C-förmige Struktur des «politischen Raumes» nicht, es kommt *keine* ökologische Konfliktdimension hinzu, vielmehr wird die GL dem Cluster aus SPD und FDP zugeordnet, die EAP dem Cluster aus CDU und CSU. Dies wird dahingehend interpretiert, daß die untersuchte Wählergruppe die neuen Parteien in ein altes Schema gepresst, also *assimiliert* und nicht *akkommodiert* hat. Zu einem anderen Bild führt die Untersuchung der Assoziationen auf die beiden neuen Parteien durch MARX. Diese lassen sich nicht in die Zirkumplex-Organisation einpassen, sondern setzen sich von dieser deutlich ab. MARX interpretiert den Unterschied u. a. dahingehend, daß es sich um zwei Momentaufnahmen einer Entwicklung handle, da meine Studie vor den Landtagswahlen in Bremen und Baden-Württemberg, also vor dem großen Erfolg der «Grünen» durchgeführt wurde, die Studie von MARX dagegen nach diesen Wahlen, jedoch vor der Bundestagswahl 1980 erfolgte. Ich würde die wesentliche Bedingung der unterschiedlichen Positionen der neuen Parteien eher in dem wichtigen Unterschied zwischen einer assoziativen Nähe und einer Nähe hinsichtlich der Wahlpräferenz sehen. Dies würde den Schluß nahelegen, daß den neuen Parteien zwar ein starkes «Plus» an As-

soziationen anhaftet, man sich jedoch zur Wahlentscheidung wieder auf das alte eindimensionale Links-Rechts-Schema besinnt.

(2) *Umweltschutz – nur ein Schlagwort?*

Die Akkommodation des eindimensionalen politischen Schemas als Reaktion auf die neuen Parteien ist ausgeblieben: Die Umweltschutz-Konfliktachse erbringt insgesamt nur 5,5% Zuwachs an erklärten Präferenzordnungen, «Radikalität» und «Wirtschaftswachstum» erklären zusammen nur weitere 5,5%. Für die GL-Wähler erklärt überraschenderweise die Umweltschutz-Konfliktachse am wenigsten an Zuwachs (gemeinsam mit den CSU-Wählern).

Anstelle einer Akkommodation läßt sich jedoch eine Assimilation beschreiben. Die Einschätzung der Parteien auf der Umweltschutz-Konfliktachse läßt sich aus den Einschätzungen auf der Links-Rechts-Konfliktachse ableiten, indem die Links-Rechts-Konfliktachse im Punkt GL «gefaltet» wird. Damit läßt sich sowohl die Parteipräferenz als auch die Umweltschutz-Konfliktachse auf die individuelle Links-Rechts-Konfliktachse reduzieren. Das Ausmaß, in dem eine Partei die Relevanz des Umweltschutzgedankens erkennt, d.h. die «Grünschattierung» einer Partei, entwirft der Wähler demnach auf der alten Rot-Schwarz-Farbenskala: *Grün wird aus den Farben Rot und Schwarz gemischt.*

(3) *Was heißt «Links-Rechts»?*

Die Herkunft dieses Konstrukts ist bekannt. Als sich die französischen Generalstände 1789 zur Nationalversammlung konstituierten, bildete sich eine bestimmte Sitzordnung aus: Rechts – vom Präsidententisch aus gesehen – saßen die Vertreter des ancien regime, in der Mitte die Gemäßigten und links die radikalen Republikaner. In den heutigen Parlamenten demokratischer Staaten ist die Sitzordnung geblieben, die politischen Inhalte jedoch haben sich verändert. Was bedeutet nun «Links-Rechts» für den heutigen Wähler? In der Literatur wird «Links-Rechts» meist mit «Progressismus – Konservatismus» oder «Radikalismus

– Konservatismus» gleichgesetzt. Über «Rechts = Konservatismus» scheint weitgehend Einigkeit zu bestehen, den Gegenpol allerdings sucht man hinter vielen schillernden Begriffen wie weiterhin «Liberalismus» und «Sozialismus» (vgl. STECK, 1980). Eine Gleichsetzung von «links» und «radikal», wie sie z.B. EYSENCK (1973, p. 213) vornimmt, gilt für die in dieser Studie untersuchten Wähler jedenfalls nicht: Die Tau-Korrelation zwischen den Links-Rechts- und den Radikalitätseinschätzungen beträgt 0.01.

Ich vermute, daß die Frage nach der *semantischen Bedeutung* von «Links-Rechts» nicht die wesentliche Frage ist. Die tiefere Frage ist wohl jene nach der *pragmatischen Bedeutung* des Links-Rechts-Schemas, also dessen Bedeutung für das Verhalten des Wählers. Es ist mir immer noch jener – als aufgeschlossen und kritisch bekannter – Student in Erinnerung, welcher, bevor er seine Urteile im Testbogen abgab, kopfschüttelnd bemerkte: «Was soll denn nun eigentlich «links» und «rechts» heißen?» Er selbst fand keine Antwort darauf; seine Parteipräferenzen wie auch Umweltschutzurteile ließen sich jedoch perfekt aus seiner individuellen Links-Rechts-Konfliktachse erklären.

Die pragmatische Bedeutung des Links-Rechts-Schemas ist demnach wohl darin zu finden, daß es ein in seiner Anspruchslosigkeit faszinierendes Muster bietet, die schwer durchschaubare Komplexität politischer Inhalte auf ein einfaches *Handlungsschema* zu reduzieren.

(4) *Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse*

Die Studie kann von ihrer Anlage her keinen Anspruch auf Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse erheben, weder auf andere Wähler, noch über die Zeit hinweg. Im Gegenteil, es wäre wünschenswert, daß sich die Gültigkeit der Theorien der Links-Rechts-Eindimensionalität in der Zukunft ändert und gesellschaftlich wichtige Verhaltensweisen wie das Wahlverhalten nicht mehr durch derart einfache differentialpsychologische Theorien mit derart starken Konformitätspostulaten derart gut modelliert werden können. Unsere Theorien sind *evolutionäre Theorien* (GALE, 1974), welche nicht nur Aussagen über begrenzte Klassen von

Menschen treffen, sondern sich auch entlang der Zeitachse verändern können. Dies oft zum Bedauern des Forschers, manchmal aber auch als Hoffnung auf eine Veränderung, auf baldige Ungültigkeit einer noch gültigen Theorie.

Literatur

- AHRENS, H.J. 1974. Multidimensionale Skalierung. Weinheim: Beltz.
- COOMBS, C.H. 1950. Psychological Scaling Without a Unit of Measurement. *Psychological Review*, 57, 145–158.
- COOMBS, C.H. 1964. *A Theory of Data*. New York: Wiley.
- COOMBS, C.H. & AVRUNIN, G.S. 1977. Single-Peaked Functions and the Theory of Preference. *Psychological Review*, 84, 216–230 (a).
- COOMBS, C.H. & AVRUNIN, G.S. 1977. A Theorem on Single-Peaked Preference Functions in One Dimension. *Journal of Mathematical Psychology*, 16, 261–266 (b).
- COXON, A.P.M. 1977. The MDS (X) Series of Multidimensional Scaling Programs. Inter University/Research Councils Series, Report Nr. 31 bis 41.
- DOWNES, A. 1957. *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Row (Dt. Fassung 1968 bei Mohr Verlag).
- EYSENCK, H.J. 1973. *Die Experimentiergesellschaft*. Reinbek: Rowohlt.
- GALE, S. 1974. Evolutionary Laws in Social Sciences. In: Leinfellner, W. & Köhler, E. (Eds.): *Developments in the Methodology of Science*. Dordrecht: Reidel.
- GIGERENZER, G. 1977. Nichtmetrische Dimensionsanalyse. In: Strube, G. (Hrsg.): *Binet und die Folgen. Die Psychologie des XX. Jahrhunderts*, Bd. V. Zürich: Kindler.
- GIGERENZER, G. 1978. Artefakte in der dimensionsanalytischen Erfassung von Urteilsstrukturen. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 9, 110–116.
- GIGERENZER, G. 1981. *Messung und Modellbildung in der Psychologie*. München: Reinhardt (UTB).
- HOLTMANN, D. 1975. Metrische multidimensionale Skalierung und ein «inhaltliches» Verfahren zur Bestimmung der Achsen. *Zeitschrift für Soziologie*, 4, 248–253.
- HUBER, O. 1977. Zur Logik multidimensionaler Präferenzen in der Entscheidungstheorie. Berlin: Duncker & Humblot (Erfahrung und Denken, Bd. 49).
- HUBER, O. 1979. Intransitive Präferenzen und Strategien für multidimensionale Entscheidungen: Gewichtete-Präferenz-Mengen-Strategie und Differenzen-Strategie. *Zeitschrift für experimentelle und angewandte Psychologie*, 26, 72–93.
- KENDALL, M.G. 1948. *Rank Correlation Methods*. London: Griffin.
- KLINGEMANN, H.D. 1972. Testing the Left-Right Continuum on a Sample of German Voters. *Comparative Political Studies*, 5, 93–106.
- LINZ, J. 1967. Cleavage and Consensus in West German Politics. The Early Fifties. In: Lipset, S.M. und Rokkan, S. (Eds.): *Party System and Voter Alignments*. New York/London: Free Press, 283–321.
- LIPSET, S.M. & ROKKAN, S. (Eds.) 1967. *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives*. New York/London: Free Press.
- MARX, W. 1982. Subjektive Strukturen des politischen Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 13, 45–51.
- NORPOTH, H. 1979. Dimensionen des Parteienkonflikts und Präferenzordnungen der deutschen Wählerschaft: Eine Unfoldinganalyse. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 10, 350–362.
- STECK, P. 1980. *Grundzüge der politischen Psychologie*. Bern: Huber.

